



FESTUNG EUROPA: DAS STERBEN AN DEN EU- AUSSENGRENZEN

Das unmögliche möglich machen

Gott ist nichts unmöglich!

Existenz Angst abbauen - Festung Europa überwinden.

Das Sterben von Flüchtlingen an EU Außengrenzen stoppen.



- pray and act - www.speak-netzwerk.de

DAS STERBEN AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

„Auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben sterben Tausende Flüchtlinge an Europas Grenzen. Es sind Menschen, die durch Kriege, Verfolgungen, Gewalt und elende Existenzbedingungen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Auf der Flucht drängen sie sich in winzigen Booten zusammen, verstecken sich in Lastwagen, kampieren in provisorischen Lagern oder vor hochgerüsteten Grenzanlagen. Häufig ertrinken, verdursten oder ersticken sie. Viele sterben an Erschöpfung.



schiffbrüchiger Flüchtling auf den Kanarischen Inseln

Deutschland und die anderen EU-Staaten reagieren auf die Schutzsuchenden an den Außengrenzen mit massiver Aufrüstung und Abschreckung. Demütigungen, Misshandlungen und illegale Zurückweisungen an den Grenzen sind inzwischen vielfach dokumentiert.

Auch die von der EU gegründete Grenzschutzagentur FRONTEX operiert im Mittelmeer und im Atlantik unter Missachtung der Flüchtlings- und Menschenrechte.“¹

Im Jahr 2006 schätzte die spanische Regierung die Zahl der vor den Kanarischen Inseln Ertrunkenen oder Verhungerten auf ca. 6000 Menschen. UNHCR spricht von mindestens 1861 Toten im Jahr 2007.² Fest steht, dass das Mittelmeer und der Atlantik vor den Kanaren zu einem riesigen Massengrab geworden sind.

MIGRATION

Die gesamte Geschichte Europas ist geprägt durch Flucht und Migration

Die gesamte Geschichte und Entwicklung Europas ist geprägt durch Flucht und Migration. Deutsche gingen nicht erst seit dem Bestehen der Bundesrepublik, sondern über viele Jahrhunderte als Arbeits-, Siedlungs-, Heirats-, Wohlstands- und Kulturwanderer in großer Zahl ins Ausland, ebenso wie Ausländer_innen nach Deutschland kamen. Hinzu traten vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts millionenfache Zwangswanderungen während und im Gefolge der beiden Weltkriege.

¹ Zit. nach Pro Asyl, vgl. <http://www.stoppt-das-sterben.eu/>

² <http://fortresseurope.blogspot.com>

Heute leben weltweit 200 Mio Menschen nicht in dem Land, dessen Staatsbürger_innen sie sind.³ Dieser Anteil von ca. 3% der Weltbevölkerung bleibt entgegen der öffentlichen Wahrnehmung seit den 60er Jahren stabil.⁴ Trotzdem propagieren Politik und Medien riesige Flüchtlingsströme, die vor den Toren Europas stünden und schüren damit Angst und fremdenfeindliche Einstellungen.

Die überwiegende Mehrheit der weltweit ca. 40 Mio Flüchtlinge lebt unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Auffanglagern und Notunterkünften der Entwicklungs- und Schwellenländer.⁵

...AUF DER FLUCHT

Menschen fliehen aus ihren Heimatländern aufgrund von Kriegen oder Bürgerkriegen, politischer, religiöser, geschlechtsspezifischer Verfolgung oder Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, wegen Armut oder ökologischen Katastrophen.

FLUCHTURSACHE: KRIEG UND BÜRGERKRIEG

Kriege und Bürgerkriege werden zweifellos meist durch ein Geflecht aus inneren und äußeren Bedingungen verursacht. Ethnische Spannungen und Konflikte entstanden häufig aus den willkürlichen Grenzziehungen der Kolonialmächte.

Aus Angst, im Wettbewerb zu verlieren, versuchen die reichsten Staaten, ihre wirtschaftlichen Vorteile zu sichern – zur Not mit Krieg.

Im Konkurrenzkampf der Großmächte um Ressourcen, militärischen und geostrategischen Einfluss werden häufig ethnische und regionale Konflikte instrumentalisiert und geschürt.⁶ Getrieben von der Angst, im globalen Wettbewerb von neuen Wettbewerbern (China, Indien, Brasilien) wirtschaftlich bedroht zu werden, versuchen die reichsten Staaten der Erde permanent und mit allen Mitteln, ihre Wettbewerbs-Vorteile dauerhaft zu verteidigen und zu sichern – zur Not mit Krieg.

3 Pro Asyl (Hrsg.): Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung, 2008

4 ebd.

5 UNHCR - Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge: Auf einen Blick, Juni 2007

6 Aktuelles Beispiel ist der Krieg in Georgien. Siehe auch www.speak-netzwerk.de
Zum Wunsch der EU, Georgien schon 1999 aus strategischen Gründen in die Union aufzunehmen, vgl. Parlamentarischer Kooperationsausschuss EU – Georgien:

Erklärung der Konstituierenden Sitzung vom 19. – 20. April 1999. S. 4, Nr. 23:

„Der Parlamentarische Kooperationsausschuss [...]

23. bekräftigt die strategische, politische und wirtschaftliche Bedeutung Georgiens und des Südkaukasus für die Europäische Union und die Aussicht, dass dieses Gebiet zu einem wichtigen Korridor zwischen Asien und Europa wird; betont erneut, dass die Mitgliedschaft Georgiens im Europarat ihm die Möglichkeit gibt, einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union zu stellen“.

Zu Einzelheiten des Georgien-Krieges vgl.:

Lenk, H.; Rauhut, J.: Worum geht es in Zentralasien? Analyse der objektiven Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung im Südkaukasus sowie Zentralasien, 2004.

Nachzulesen unter

http://www.speak-netzwerk.de/wp-content/uploads/2007/01/analyse_zentralasien.pdf

Dadurch treiben sie – ohne es zu wollen - die Angst auf diesem Globus und damit den Wettbewerb mit allen negativen Folgen (Hunger, Kriege etc.) immer weiter an. Ihr Kampf um Sicherheit schafft also permanent neue Kriege

So dienen die meisten Militär-Aktionen der acht reichsten Staaten der Erde in den letzten Jahren weniger der Terrorismus-Bekämpfung, als vielmehr der politisch-militärischen Kontrolle geostrategischer Ressourcen wie z.B. Erdöl und Erdgas sowie der Kontrolle der Transitländer für Öl- und Gaspipelines in Zentralasien und im Mittleren Osten und der militärischen Einkreisung ökonomischer Konkurrenten wie z.B. China.⁷

Die Zunahme von Rüstungsexporten der EU in den letzten Jahren entlarvt dabei das öffentliche Reden von Frieden und Sicherheit als Lügen. Deutschland ist heute weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur.⁸ 2006 zählten neben den westlichen Bündnispartnern die Krisengebiete des Mittleren Ostens zu den Haupt-Zielländern deutscher Waffen-Exporte.⁹

FLUCHTURSACHE: SOZIALE UNGLEICHHEIT

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung nicht nur zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, sondern auch innerhalb dieser Länder immer weiter auseinander.

Migration und Flucht sind somit in zunehmendem Maße eine Folge der gravierenden globalen sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Sie sind Folge eines immer schärferen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, in dem jeder seinen eigenen Nutzen gegen die Anderen verteidigt – und diese ausgrenzt.

Beispielsweise haben 3 Milliarden Menschen (etwa die Hälfte der Weltbevölkerung) zusammen ein geringeres Einkommen als die 400 reichsten Familien.¹⁰ Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind, obwohl die Agrarindustrie der Welt imstande wäre, das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung zu ernähren.¹¹

**Wirtschaftlicher
Wettbewerb
verschärft die
Auslese
- und oft auch
die Armut der
Verlierer.**

7 - Vgl. Johnson, Chalmers: Kein Rezept für den Frieden. In: Der Spiegel 42/2001. S. 206.

- Vgl. ferner Amineh, M.: Die Politik der USA, der EU und Chinas in Zentralasien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft 4/2006: 11-18.

Im Internet verfügbar unter:

http://www.bpb.de/publikationen/SZL5P9,5,0,Die_Politik_der_USA_der_EU_und_Chinas_in_Zentralasien.html#art5

- Im sog. „Silk-Road-Strategy-Act“ des US-Senats von 1999 wird deutlich, dass die Militärhilfe der USA für Georgien unmittelbar im Zusammenhang mit US-Wirtschafts-Interessen im Kaukasus steht, und NICHT primär, wie von den USA aktuell behauptet, mit dem Kampf gegen den Terrorismus.

Vgl. hierzu:

US Senate: Silk Road Strategy Act, 106 Congress, 1. Session, S. 579, „To Amend the Foreign Assistance Act of 1961 to Target Assistance to Support the Economic and Political Independence of the Countries of the South Caucasus and Central Asia“. Washington, D.C., 1999.

8 Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Waffenhandel>

9 Rüstungsexportbericht der Bundesregierung 2006. S.23-30. Nachzulesen unter

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Weltwirtschaft/Downloads/Ruestungsexportbericht2006.pdf>

10 Pro Asyl (Hrsg.): Migration und Flüchtlingsschutz im Zeichen der Globalisierung, 2007.

11 Jean Ziegler (UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung): „Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.“ (aus dem Film: „We Feed the World“)

Die Strukturanpassungsprogramme, die der westlich dominierte¹² Internationale Währungsfonds (IWF) als Bedingung für Kreditvergaben an verschuldete Drittwelt-Staaten knüpft, verhindern oft das Entstehen einer sozialen Politik in den Ländern des Südens. Der IWF predigt den freien Wettbewerb und verordnet daher weitreichende Wirtschafts-Deregulierungen (Abbau von Handelshemmnissen, deregulierter Kapitalverkehr, Steuersenkungen, Privatisierungen...), die Investitionen und Export-orientiertes Wirtschaftswachstum fördern sollen. Tatsächlich führen diese Maßnahmen häufig zu massivem Reallohn-Verfall, zur Zerstörung von sozialen Sicherungssystemen und damit zu zunehmenden sozialen Unterschieden und zu zunehmender Armut bei den sozial Benachteiligten. Zudem werden unfaire Handelsstrukturen konserviert, manchmal sogar verschärft durch einen Preis-Verfall der Export-Erzeugnisse der Drittwelt-Staaten (Verfall der sog. „Terms of Trade“). Die Industrieländer profitieren hiervon. Sogar der Wachstums-Effekt der Strukturanpassungsprogramme ist umstritten: Nicht selten verstärken die Strukturanpassungsprogramme anstelle von Investitions- und Wirtschaftswachstum Kapitalflucht, Rezessionen und Verschuldung.¹³ Hinzu kommt, dass Großkonzerne und westliche Regierungen oft genug aufs Engste mit korrupten Regimen und Rebellen zusammen arbeiten.¹⁴

FLUCHTURSACHE: RELIGIÖSE VERFOLGUNG

Weltweit werden in über 100 Ländern Christ_innen verfolgt. Aber Christ_innen sind nicht die einzigen religiös Verfolgten...

Das Missions- und Hilfswerk Open Doors veröffentlicht jährlich den Weltverfolgungsindex – eine Liste von über 100 Ländern, in denen Christ_innen aufgrund ihres Glaubens verfolgt und benachteiligt werden. Im Jahr 2008 stehen die Länder Nordkorea, Saudi-Arabien, Iran, Malediven, Bhutan, Jemen, Afghanistan und Laos an erster Stelle.¹⁵ In China und Nordkorea hält die Verfolgung von Christ_innen an. Nach Angaben von Amnesty International wurden in Nordkorea wiederholt

¹² //de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_W%C3%A4hrungsfonds

¹³ Vgl. Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, München, 2002.

¹⁴ Vgl. Werner, Klaus; Weiss, Hans: Das Neue Schwarzbuch Markenfirmen, Berlin, 2006.

Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit der Nürnberger Gesellschaft für Elektrometallurgie (GfE) mit dem ostkongolesischen Milizionär Laurent Nkunda im Streit um die Tantalit- und Columbit-Mine Lueshe im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Aus beiden Erzen wird die Legierung „Coltan“ hergestellt, die der Chipherstellung für Mobiltelefone sowie der Raumfahrt- und Waffentechnologie dient. Laurent Nkundas Truppen, die unter dem Namen „National Congress for the People’s Defense“ (CNDP) auftreten, werden Massaker an Zivilisten und die Rekrutierung von Kindersoldaten vorgeworfen. Die Finanzierung des ostkongolesischen Bürgerkriegs durch deutsche und europäische Firmen beschäftigte zum wiederholten Male den UNO-Sicherheitsrat (Siehe: UN Security Council: Bericht der Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo; S/2006/53.). Die Bundesregierung unterstützte die GfE durch Investitionsgarantien der Deutschen Bundesregierung in Höhe von rund 8,9 Mio. Euro (Deutscher Bundestag, Drucksache 15/2710, S.32, 2004) und erhebt „im Interesse der Bundesrepublik Deutschland“ nun Anspruch auf Mitentscheidung über das Geschehen in Lueshe. Die GfE erklärt, dass alle Beziehungen zu den Truppen Laurent Nkundas über Behörden der Bundesrepublik Deutschland und die Kreditanstalt für Wiederaufbau liefen.

Zu den Interessen der Auslandseinsätze der Bundeswehr im Kongo erläutert der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Andreas Schockenhoff: „Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind“.

(<http://www.andreas-schockenhoff.de/politisches/standpunkte?template=detail&entryid=64>)

¹⁵ http://www.opendoors-de.org/index.php?supp_page=weltverfolgungsindex_2007_kurz&supp_lang=de

christliche Prediger öffentlich geschmäht und hingerichtet.¹⁶ Auch in der ehemaligen Sowjetunion bleibt das Thema durch eine nach wie vor sehr restriktive Gesetzgebung aktuell, die das Gründen neuer Kirchen erschwert. Betroffen sind vor allem Baptisten und Pfingstgemeinden.

Viele Christ_innen auf der Welt werden verfolgt, weil sie sich aus ihrem Glauben heraus für sozial Schwache und Benachteiligte einsetzen und deutlich soziale und politische Ungerechtigkeit benennen, bspw. die Geistlichen in Lateinamerika, die für die Rechte der indigenen Bevölkerung eintreten und Basisgemeinden unterstützen.¹⁷

Allerdings sind Christ_innen bei weitem nicht die einzigen Opfer religiöser Verfolgung. Erinnert sei an die Verfolgung der schiitischen Muslim_innen im sunnitischen Saudi-Arabien und im Irak, der hinduistischen Minderheit in Bangladesh oder die massenhafte Hinrichtung, Verfolgung und Folterung der Bahai im Iran u.v.m.

FLUCHTURSACHE: KLIMAWANDEL UND UMWELTKATASTROPHEN

Die Hauptverursacher der globalen Umweltprobleme sind die Staaten des reichen Nordens.

Flüchtlinge und Migrant_innen verlassen ihre Heimat auch aufgrund von Lebensumständen, die keine gesicherte Existenz mehr zulassen (bspw. aufgrund des weltweiten Klimawandels, der Luft- und Wasserverschmutzung, der Vernichtung von Biotopen, der Verringerung der weltweiten Ressourcen, der Abholzung der tropischen Wälder und deren Folgen, Wassermangel, Verwüstung etc.).

Die Hauptverursacher der globalen Umweltprobleme aber sind die Staaten des reichen Nordens und zunehmend die so genannten Schwellenländer. Sie verbrauchen vier Fünftel der weltweiten Ressourcen und verursachen CO₂-Emissionen in ähnlicher Größenordnung.¹⁸ Obwohl dafür vor allem die reichsten Länder verantwortlich sind, entziehen sich diese ihrer Verantwortung für die Ursachen von Flucht und Migration und für den Schutz von Flüchtlingen.

FLUCHTURSACHE: GESCHLECHTSSPEZIFISCHE VERFOLGUNG UND VERFOLGUNG AUFGRUND DER SEXUELLEN ORIENTIERUNG

Häufig kommen zu den allgemeinen Verfolgungsgründen, die für Männer und Frauen gleichermaßen gelten, noch frauenspezifische Verfolgungsgründe hinzu und führen zu geschlechtsspezifischen Verfolgungsarten. Geschlechtsspezifische Verfolgung bedeutet, dass das Geschlecht die Art der Verfolgung beeinflusst (etwa sexuelle Gewalt wie z.B. Vergewaltigung, Zwangsheirat, Zwangssterilisation) oder den Grund für die Verfolgung darstellt (Genitalverstümmelung, Gewalt in der Familie, Bestrafung wegen Ehebruchs, Frauenhandel, Mitgiftmorde etc.).

¹⁶ <http://www.stud.fernuni-hagen.de/q5232694/ai/religion.htm>

¹⁷ http://www.dbk.de/initiativen/solidaritaet/aktuelle_initiative_2005_Lehmann/index.html

¹⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Globalisierung#Globaler_Ressourcenverbrauch

Außerdem werden bspw. in rund 75 von 195 Staaten auf der Welt Menschen aufgrund ihrer homosexuellen Orientierung auch heute noch strafrechtlich verfolgt. In sechs islamisch geprägten Ländern werden homosexuelle Menschen sogar mit dem Tode bedroht: im Jemen, im Iran, in Saudi-Arabien, in Mauretanien, im Sudan und in Nigeria.

FESTUNG EUROPA

Deutschland und die anderen EU-Staaten reagieren auf die Schutzsuchenden an den Außengrenzen mit massiver Aufrüstung und Abschreckung. Sie versuchen, Migration nach ihren eigenen Interessen zu begrenzen, zu kontrollieren und zu "managen". Das Ergebnis ist der gewaltsame Ausschluss von Migrant_innen und Flüchtlingen:

Tausende Menschen sterben jedes Jahr vor den Mauern der Festung Europa, in der Wüste, im Mittelmeer oder im Atlantik.

Auch die von der EU gegründete Grenzschutzagentur FRONTEX operiert im Mittelmeer und im Atlantik unter Missachtung der elementarsten Flüchtlings- und Menschenrechte.¹⁹ In internationalen Gewässern werden Flüchtlingsboote verfolgt und zurückgedrängt. Dabei wird nicht geprüft, ob nach internationalem Recht Schutzbedürftige unter den Flüchtlingen sind.

Insofern fühlen sich die europäischen Behörden bei FRONTEX-Operationen scheinbar nicht an völkerrechtliche Garantien oder die europäische Menschenrechtskonvention gebunden.

**Das Mittelmeer
entwickelt sich
zum
menschenrechts-
freien Raum.**



Griechisches Militär kontrolliert die EU-Außengrenze, Insel Lesbos, Sommer 2005

Schutzsuchende sind durch die Militarisierung an den Außengrenzen gezwungen, auf ihrer Fluchtroute immer größere Risiken auf sich zu nehmen. Die Gefahr, dabei zu Tode zu kommen, steigt.

Die gesetzliche Grundlage für die Aufrüstung der Außengrenzen ist die sog. Dublin-II-Verordnung der EU. Sie trat im März 2003 in Kraft und legt die Kriterien fest, nach denen entschieden wird, welcher EU-Mitgliedsstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. So ist ein Mitgliedsstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig, wenn die / der Asylsuchende über die Grenzen dieses Mitgliedsstaates in die Europäische Union eingereist ist.

Folglich kontrollieren die Staaten an den EU-Außengrenzen diese Außengrenzen streng, weil sie sonst für alle nachfolgenden Asylverfahren und die damit verbundenen Kosten zuständig wären. Die Folge sind massive und systematische Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Mord.

¹⁹ Vgl. Angaben von Pro Asyl

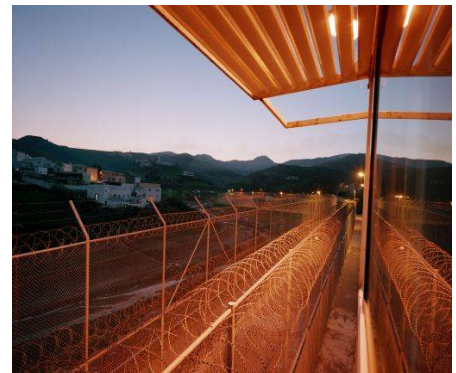
<http://www.proasyl.de/fr/pro-asyl/devenir-adherent-en-ligne/jahresbericht-2006/index.html>

Im September 2005 wurden 6 Menschen beim Versuch, die Grenzanlagen der spanischen Enklave Ceuta in Marokko zu überwinden, erschossen. Ob spanische Grenzsoldaten oder marokkanische Polizisten die Flüchtlinge getötet haben, ist bis heute nicht geklärt.²⁰

Im September 2006 starben vor der Insel Chios mindestens sechs Menschen, weil Beamte der griechischen Küstenwache, so die Aussagen Überlebender, rund 40 Menschen, die sie vor der Insel Chios aufgegriffen hatten, ins Meer zurück stießen.²¹

Anfang Januar 2008 wurden auf der griechischen Insel Lesbos 13 afghanische Flüchtlinge, darunter acht Minderjährige, von griechischen Grenzschutzbehörden aufgegriffen und misshandelt. Anschließend wurden sie in türkische Gewässer zurückgestoßen. Ihre Schlauchboote wurden seeuntüchtig gemacht.²²

Unbewaffnete Personen sind schon von der griechischen Küstenwache erschossen worden, weil sie im falschen Verdacht standen, „Schlepper“ zu sein.²³ Das Mittelmeer und Teile des Atlantiks entwickeln sich zunehmend zu einem Menschenrechts-freien Raum.



*Europäische Grenzanlage
an der spanisch-
marokkanischen Grenze*

NEUE TÜRSTEHER

In einer zynischen Arbeitsteilung wird Staaten wie Libyen und Marokko eine Türsteherfunktion vor den Mauern Europas zugewiesen.

Drittstaaten wie Libyen, Marokko, Mauretanien, der Ukraine und der Türkei wird in einer zynischen Arbeitsteilung eine Türsteherfunktion vor den Toren der "Festung Europa" zugewiesen. Transitländer wie Marokko oder Libyen werden finanziell unterstützt. Europa schult dort Grenzschutz, Militär und Polizei für die vorgelagerte Abwehr. Wärmebildkameras, Jeeps, Schnellboote, Wolldecken für die willkürlich inhaftierten Flüchtlinge, neue Lager - das sind die europäischen Exportartikel seit dem Beginn der neuen Partnerschaft.²⁴

20 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,377175,00.html>

21 <http://www.taz.de/blogs/istanbulblog/2006/09/27/sechs-leichen-in-der-agais/>

22 Vgl. Pro Asyl: Europäische Außengrenzen: Stoppt das Sterben, 2008. Nachzulesen unter http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Archiv/HTdF_Hefte/Heft_klein_Ende.pdf

23 http://www.stoppt-das-sterben.eu/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Kampagnen/Stoppt_das_Sterben/Griechenlandbericht_Endf.pdf

24 - Deutscher Bundestag (Hrsg.): Kleine Anfrage, Drucksache 16/791 vom 28.02.2006.

- Vgl. dazu auch die Angaben der Konrad-Adenauer-Stiftung unter

http://www.kas.de/proj/home/events/9/1/year-2005/month-11/veranstaltung_id-17764/index.html

- Vgl. ferner: Schwarz, Jochen: Der Flüchtling unserer Wahl. In: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, 04.03.2005.

Nachzulesen unter:

www.freitag.de/2005/09/05090401.php

Wie in diesen Staaten mit Flüchtlingen umgegangen wird, belegen die Ereignisse im Dezember 2006 in Marokko:

Innerhalb weniger Tage wurden über 400 subsaharische Flüchtlinge festgenommen und an der algerischen Grenze in der Wüste ausgesetzt.

Es kam zu schweren Misshandlungen, verübt von algerischen und marokkanischen Sicherheitskräften.

Mehrere Frauen wurden bei dieser Polizeiaktion vergewaltigt. Eine schwangere Frau verlor ihr Baby.²⁵



Algerische Sicherheitskräfte nehmen Migrant_innen fest. Irgendwann und irgendwo in der Sahara im Jahr 2007

Diese Menschenrechtsverletzungen reihen sich ein in eine Kette von Gewaltakten gegenüber Flüchtlingen in Marokko - und Europa ist Mittäter.

... IN DEUTSCHLAND

Spätestens seit der Grundgesetz-Änderung 1993 sind Asylverfahren auch in Deutschland keine Schutzverfahren mehr, sondern scheinen vielmehr einzig der Abwehr von Flüchtlingen zu dienen.

Über die im Grundgesetz integrierte sog. „Drittstaaten-Regelung“, die besagt, dass kein Anspruch auf Asyl besteht, wenn Asyl-Suchende über ein sicheres Drittland eingereist sind (vgl. Art. 16 a Abs.2 GG), können viele Asyl-Suchende schnell und direkt abgeschoben werden.

Hinzu kommt, dass die militärisch bewachte europäische Außengrenze zunehmend Wirkung zu zeigen scheint.

So nahm die Zahl der Asyl-Erst-Antragsteller in Deutschland von 1995-2007 von jährlich knapp 128.000 auf jährlich knapp 20.000 ab.²⁶

**„Echtes“ Asyl
nach Art. 16a GG
erhielten
im Jahr 2007
nur noch
1,1 % der
Asylant_innen**

²⁵ Algeria Watch: Informationen zur Menschenrechtsslage in Algerien.

www.algeria-watch.org/de/artikel/migration/jagd_fluchtlinge.htm

²⁶ Vgl. zu allen Angaben: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.): Asyl in Zahlen 2007.

Nur ca. 4000-8000 Asylsuchenden pro Jahr wird in Deutschland Schutz vor Abschiebung gewährt. „Echtes Asyl“ nach Art. 16a GG erhielten im Jahr 2007 sogar nur noch 1,1 % der Antragsteller_innen. Deutschland gehört aktuell (2007) zu den europäischen Staaten mit der geringsten Anzahl von Asylbewerber_innen pro Kopf der einheimischen Bevölkerung.²⁷

In Asylverfahren werden Fluchtgründe bagatellisiert. Allein zwischen 2004 und 2007 wurde 40.000 Flüchtlingen aus dem Irak, aus Afghanistan, Serbien und der Türkei der Flüchtlingsstatus wieder entzogen.²⁸

Asylant_innen, auch schwerkranke, werden häufig über Nacht und ohne Ankündigung abgeschoben.

Das Leben in Deutschland ist für Migrant_innen geprägt durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus und die ständige Bedrohung durch Abschiebung bzw. Abschiebehaft.

Bei Abschiebungen werden Kranke ins Flugzeug gesetzt, Familien auseinander gerissen, Kinder von ihren Eltern getrennt, häufig über Nacht und ohne Ankündigung.

Menschen, bei denen *nur der Verdacht* besteht, sie könnten sich ihrer Abschiebung widersetzen, dürfen in Deutschland *bis zu 1,5 Jahren(!) inhaftiert werden* – das ist die sog. „Abschiebehaft“! Ohne dass sie eine Straftat begangen hätten, werden so jedes Jahr tausende von Menschen inhaftiert. In trauriger Regelmäßigkeit begehen Menschen in Abschiebehaft Selbstmord.²⁹

Aber auch angesichts der alltäglichen ausgrenzenden Lebensbedingungen, denen Asylbewerber_innen in Deutschland ausgesetzt sind (Residenzpflicht, oftmals Lagerähnliche Unterbringung, Einkaufen mit Lebensmittelgutscheinen und Sozialhilfe weit unter Hartz-IV Niveau etc.) ist es nicht verwunderlich, dass die viel beschworene Integration von Migrant_innen in Deutschland allein durch die gesetzlichen Voraussetzungen extrem erschwert oder unmöglich gemacht wird.



Abschiebelager Fürth: Im Vordergrund die Umzäunung (grau) des gesamten Areals, links die Asylbewerberunterkunft, rechts hinter dem gesonderten Zaun (schwarz) das Abschiebelager

27 Vgl. zu allen Angaben: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge a.a.O.

28 http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/STARTSEITE/Schaeublereisen/faltblatt.pdf

29 einige Fallbeispiele unter <http://www.30august.org/> und unter <http://www.proasyl.de/>

DIE VISION...

Stellen Sie sich vor, Christ_innen würden anfangen, Gottes Liebe zu leben...
...dem Jesus zu folgen, der aus Liebe zu uns sogar sein Leben gegeben hat,
damit wir seine Herrlichkeit mit ihm teilen dürfen.

Stellen Sie sich vor, wir Christ_innen würden anfangen, selber zu geben -
unseren (nicht selten durch Ausbeutung erworbenen) Reichtum mit den
Ausgebeuteten und Ausgestoßenen dieser Welt zu teilen.

Stellen Sie sich vor, Kapitäne würden Flüchtlinge in Seenot aufnehmen...

Stellen Sie sich vor, Christ_innen würden durch öffentlichen Druck Politiker dazu
bringen, die Mauern der Europäischen Union zu öffnen und die Flüchtlinge zu
empfangen...

Stellen Sie sich vor, Christ_innen würden Flüchtlingen eine Lebensperspektive in
Deutschland bieten, z.B. auf Siedlungs- und landwirtschaftlichen Flächen, die
Kirchen gehören...

Stellen Sie sich vor, wir würden uns stärker als bisher für die Umverteilung
unseres Reichtums an ärmere Länder und Menschen einsetzen, anstatt ärmere
Länder auszunutzen und unseren Reichtum mit allen Mitteln zu verteidigen - und
wir würden auf einmal merken, dass wir nicht ärmer, sondern unendlich viel
reicher werden...

Das können wir nicht verwirklichen, werden jetzt viele sagen.

Scheint so...

Aber bei Gott ist nichts unmöglich.

Fangen wir an, Seinen Traum zu träumen...

DAS SPEAK-NETZWERK FORDERT DESHALB:

- **Menschenleben retten, Seenothilfe leisten!**
- **Das Sterben an den EU-Außengrenzen stoppen!**
- **Festung Europa überwinden!**
- **Wirtschaftliche Konkurrenz und Existenzangst abbauen – Reichtum umverteilen!**

- **...das Recht auf globale Bewegungsfreiheit!**

WAS SIE KONKRET TUN KÖNNEN:

- beten und mit den Menschen in ihrer Umgebung über das Thema reden
- den Aufruf „Stoppt das Sterben“ von Pro Asyl unterzeichnen und verbreiten (www.stoppt-das-sterben.eu)
- Kirchenasyl unterstützen und selbst gewähren (www.kirchenasyl.de)
- Lobby-Arbeit für Migrant_innen machen
- Gutscheinitiativen gründen oder darin mitarbeiten (<http://www.chipkartenini.squat.net/Archiv/andere%20veroeffentlichungen%20und%20buechempfehlungen/Umtauschbrosch%FCre%20Hildesheim.pdf>)
- Kontakt zu Migrant_innen aufnehmen, sie ermutigen, für sie beten, mit ihnen zusammen zu den Ausländerbehörden gehen und medizinische, juristische, finanzielle und politische Unterstützung organisieren.

Kontakt und weitere Informationen:

Speak - Netzwerk

- pray and act - www.speak-netzwerk.de

*„Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben;
ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben;
ich war fremd und ihr habt mich bei euch aufgenommen.“*
- (Die Bibel, Matth.25,35) -

